

Radikal demokratisch. Beteiligung, Gerechtigkeit und Zivilgesellschaft stärken. Demokratiefeinde bekämpfen.

Als Naturfreundejugend Deutschlands sind wir seit 1926 selbstständiger, demokratischer Kinder- und Jugendverband.

Durch unsere Arbeit erfahren und erlernen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Demokratie und gestalten diese als Teil einer vielfältigen Zivilgesellschaft mit.

Seit fast einhundert Jahren vertreten wir demokratisch legitimiert die Anliegen und Interessen junger Menschen.

In unserem politischen Grundsatzpapier¹ halten wir fest:

Demokratie ist für uns die geeignete politische Lebens- und Regierungsform. Sie basiert auf der Gleichheit und Freiheit aller Menschen. Sie muss allen Menschen ihre Rechte universell, unveräußerlich und unteilbar garantieren. Sie muss das gute Leben aller Menschen ermöglichen.

Für uns ist klar: Demokratie und Menschenrechte sind radikal zu achten und zu schützen. Radikal bedeutet: Gesellschaftliche und politische Probleme wie Klima- und Umweltkrisen, soziale Spaltung oder autoritäres Machtstreben sind „an der Wurzel“ zu greifen und von dort aus umfassend, vollständig und nachhaltig demokratisch zu lösen.

Wir leben in einer Zeit der Krisen und Angriffe. Auch die Demokratie und wir als Demokrat*innen, wir als demokratischer Jugendverband werden von rechtsextremen Demokratiefeind*innen angegriffen. Sie wollen das vernichten, was wir leben und lieben: Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Sie wollen das zerstören, wofür wir arbeiten und wonach wir streben: das gute Leben für alle Menschen in einer intakten Umwelt.

Als Verband kennen wir diese Angriffe seit fast 100 Jahren: Es waren damals und heute antisemitische, rassistische, nationalistische, völkische und antidemokratische Kräfte, die uns bekämpft haben. Nationalsozialisten hatten damals die Macht, Millionen von Menschen, darunter auch Naturfreund*innen, zu verfolgen, zu vertreiben und zu töten. Rechtsextreme streben heute nach dem gleichen Einfluss.

Die Grundlagen für Demokratie bilden dagegen Menschenrechte, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Unabhängigkeit der Gerichte, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, ein Mehrparteiensystem sowie freie, gleiche und geheime Wahlen².



**Beschlossen auf der Bundeskonferenz
der Naturfreundejugend Deutschlands
vom 31.05. bis 02.06.2024 in Stuttgart**

Demokratie basiert auf der Akzeptanz der Mehrheit der Bevölkerung. Für die Akzeptanz der Demokratie müssen politisch Verantwortliche zukunftsweisende Konzepte aufzeigen und reale Probleme aktiv lösen.

Politisches Handeln muss soziale und ökologische Sicherheit und Gerechtigkeit gewährleisten, demokratische Diskurse offen und solidarisch führen, die demokratische Zivilgesellschaft stärken, demokratische Beteiligung vertiefen sowie Demokratiefeind*innen demokratisch bekämpfen und ihre Parteien und Organisationen verbieten.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung und die demokratischen Parteien in der Opposition dazu auf, entlang dieser Leitplanken folgende Maßnahmen umzusetzen:

Soziale und ökologische Gerechtigkeit und Sicherheit gewährleisten:

Die Bekämpfung der Klimakrise und die zunehmende soziale Ungleichheit in einer globalisierten Welt sind zwei der größten Herausforderungen, mit denen wir heute und in Zukunft konfrontiert sind. Rechtsextreme Strömungen leugnen vielfach die menschengemachte Klimakrise, nutzen die Unsicherheit der Menschen aus und instrumentalisieren die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik für ihre eigenen Zwecke. Dem muss eine Politik entgegengesetzt werden, die soziale und ökologische Gerechtigkeit und Sicherheit gewährleistet. Denn die Demokratie ist entscheidend für eine erfolgreiche nachhaltige Transformation und sozial-ökologische Gerechtigkeit die Grundlage einer starken Demokratie.

- Unser Ziel bleibt ein universelles, bedingungsloses Grundeinkommen, das eine Versorgung aller Menschen ohne gesellschaftliche Ausgrenzung ermöglicht. Um kurzfristig soziale und ökologische Gerechtigkeit zu gewährleisten, brauchen wir jetzt die **Verabschiedung der Kinder- und Jugendgrundsicherung, den Ausbau des Bürgergeldes, die Einführung eines sozial gestaffelten Klimageldes und die Debatte über eine Ökosozialversicherung.**
- Die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung gilt als die solidarischste aller Sozialversicherungen. Sie beinhaltet jedoch drei sehr unsolidarische Mechanismen: Beiträge werden nur auf Lohn und Gehalt erhoben, nicht auf Anlage- oder Mieteinkünfte. Eine Deckelung der Beitragsbemessung auf ca. 4.000 € im Monat entlastet besonders gut verdienende Menschen. Und die historische Aufteilung in gesetzliche und private Krankenversicherungen führt dazu, dass viele besser Verdienende keinen Beitrag zur gesetzli-

chen Krankenversicherung leisten. Wir brauchen daher eine wirklich solidarische Bürgerversicherung, in die alle Personen mit Einkommen einzahlen.

- Um junge Menschen in Schule, Ausbildung und Studium angemessen zu unterstützen, muss das **BAföG grundlegend reformiert** werden. Derzeit hinkt es der Lebensrealität junger Menschen hinterher. Bedarfssätze und Freibeträge müssen aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen wie Inflation und Mietpreissteigerungen abbilden. Teilzeitstudium muss ebenso möglich sein wie die Verlängerung der Förderung durch ehrenamtliches Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit.
- Natur, Umwelt- und Klimaschutz müssen klar an den wissenschaftlichen Erkenntnissen und völkerrechtlich bindenden Verträgen wie dem **Klimaschutzabkommen von Paris** und dem **Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework** orientiert werden. Entsprechend notwendige Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits und Umkehr des Biodiversitätsverlusts bis 2030 müssen auch durch **Ordnungspolitik** konsequent umgesetzt werden.

Demokratische Diskurse offen und solidarisch führen:

Wir brauchen eine Diskussionskultur im öffentlichen Raum, die solidarische demokratische Diskurse ermöglicht. Das bedeutet, **antidemokratische Kräfte und ihre Narrative klar zu benennen und sich deutlich dagegen abzugrenzen**, populistischen Aussagen zu widerstehen und rechtsextreme Erzählungen nicht zu reproduzieren. Dazu gehört auch, **gesellschaftliche Spaltung nicht herbeizureden**, sondern das gemeinsame Grundverständnis festzuhalten und die unterschiedlichen Lösungswege zu diskutieren. Demokratische Grundwerte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es gilt, **verschiedenste demokratische Perspektiven zuzulassen und diverse Sprecher*innenpositionen zu akzeptieren**.

Diese Diskurskultur erreichen wir nur mit dem **gemeinsamen Verständnis aller demokratischen Kräfte, vereint gegen Rechtsextremismus und rechtsextreme Narrative** zu stehen und ihnen breite demokratische Allianzen und fortschrittliche, solidarische Konzepte entgegenzusetzen.

Demokratische Zivilgesellschaft stärken:

Fast 30 Millionen Menschen³ engagieren sich in der Bundesrepublik freiwillig in gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Gruppen für sozialen Zusammenhalt, den Schutz der natürlichen

Lebensgrundlagen, Menschenrechte, kulturelle Vielfalt, non-formale Bildung sowie Sport und Bewegung. Jugendliche engagieren sich so stark wie keine andere Altersgruppe⁴ ehrenamtlich. Sie setzen sich gerade in Jugendverbänden für das Gemeinwohl ein. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement bildet das Rückgrat unserer Gesellschaft. Hier schlägt das Herz unserer Demokratie. Hier wird Demokratie gegen ihre Feinde verteidigt.

Die demokratische Zivilgesellschaft ist per se demokratiefördernd und von staatlicher Seite insbesondere in den folgenden Bereichen strukturell zu stärken und zu fördern:

- Der **Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)** ist, wie im Koalitionsvertrag zugesagt, angemessen auszustatten. Konkret ist diese Förderung zu **erhöhen und** den Preissteigerungen angepasst, dauerhaft zu **dynamisieren**. Denn: Kinder- und Jugendarbeit ist unverzichtbarer Bestandteil des Sozialstaats und ihre Förderung gesetzliche Pflichtaufgabe.
- Die **Förderung der Jugendverbände** im KJP ist im **Bundeshaushalt 2025** im Regierungsansatz zu **verstetigen** und im parlamentarischen Verfahren zu **erhöhen**. Die Aufwüchse der vergangenen Jahre wurden unter massivem ehrenamtlichem Einsatz erkämpft. Die fortwährende Kürzung durch die Bundesregierung ist gefährlich und kontraproduktiv. Denn: Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Durch sie bilden sich junge Menschen politisch und artikulieren ihre Interessen auf demokratischem Wege.
- Gemeinnützige Freizeit- und Übernachtungsstätten müssen (energetisch) saniert und zukunftsfähig ausgestattet werden. Dafür braucht es die **Einführung** des im Koalitionsvertrag zugesagten **Investitionsprogramms für Jugendbildungsstätten**, wie Naturfreunde Häuser und insbesondere verbandseigene Jugendbildungsstätten, an denen internationale Jugendarbeit, politische Jugendbildung, Jugenderholung, demokratische Willensbildung durch Gremienarbeit und vielfältiges weiteres Engagement stattfindet, zu erhalten.
- Programme wie **"Demokratie leben!"** und **"Zusammenhalt durch Teilhabe"** sind weiter zu **stärken und zu fördern**. Sie verstärken die Grundlagenarbeit zivilgesellschaftlicher Träger um wichtige Projekte und ergänzen strukturelle Förderung, wie sie durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes gegeben ist. Die durch die Naturfreundejugend (mit getragene Fachstelle FARN) leistet unverzichtbare Arbeit im Bereich Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz und die Stärkenberatung qualifiziert Ehrenamtliche für demokratisches Engagement. Ihre Förderung ist zu verstetigen.

- Um Programme der Demokratieförderung, der Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und der Rechtsextremismusprävention endlich gesetzlich nachhaltig abzusichern und zu entfristen, ist, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ein wirksames **Demokratiefördergesetz im Bundestag zu verabschieden.**
- Die internationale Jugendarbeit ist für uns als internationalistischem Jugendverband elementar. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der internationalen Mittel des KJPs und die Möglichkeit der Vollfinanzierung von Jugendaustauschen.
- Die Bundesregierung muss ein **modernes Gemeinnützigkeitsrecht schaffen.** Ziel dieser Reform muss es sein, dass gemeinnützige Organisationen, die sich mit demokratischen Positionen an der politischen Debatte beteiligen, dies tun können, ohne ihre Gemeinnützigkeit zu riskieren.
- Ehrenamtliches Engagement setzt umfassende und bürokratiearme **Freistellung von Schule und Studium, sowie bezahltem Sonderurlaub für Ausbildung und Beruf** voraus. Gleichzeitig ist zivilgesellschaftliches Engagement von Schulen und Hochschulen **anzurechnen** und im **BAföG** bei der Verlängerung des Förderzeitraums zu berücksichtigen. Auch und gerade dann, wenn dieses Engagement außerhalb dieser formalen Bildungsinstitutionen geschieht.
- 100.000 junge Menschen entscheiden sich jedes Jahr für einen Freiwilligendienst und tragen damit erheblich zu einem guten Gemeinwesen bei. **BFD, FSJ und FÖJ** sind zu stärken und **dauerhaft gut und überjährig** zu finanzieren. Jeder junge Mensch muss das **Recht auf einen Platz im Freiwilligendienst** haben. Forderungen nach wie auch immer gearteten Zwangsdiensten oder Wiedereinführung der Wehrpflicht sind angesichts des großen und freiwilligen Engagements überflüssig und kontraproduktiv.
- Stärkung der Demokratie bedeutet Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft. Dabei ist das **Subsidiaritätsprinzip zu beachten.** Das heißt, **freie Träger sind vorrangig zu fördern.** In Zeiten (vermeintlich⁵) knapper öffentlicher Kassen, gilt deshalb besonders: Die auskömmliche Finanzierung zivilgesellschaftlicher Verbände hat höhere Bedeutung als der Aufbau staatlicher Stiftungen.

Demokratische Beteiligung ausbauen:

Demokratie lebt von der Beteiligung und Teilhabe aller Bürger*innen an der politischen Willensbildung. Neben allgemeinen, freien, geheimen Wahlen und Abstimmungen gehört die Möglichkeit der Teilnahme und Mitwirkung an politischen Diskursen, Prozessen und Entscheidungen zur Bedingung für eine starke Demokratie. Alle Menschen wollen mit ihren Interessen, Anliegen und Bedürfnissen gehört und gesehen werden und müssen ihr Handeln in der Gesellschaft als wirksam empfinden, um dem Staat und seinen Vertreter*innen zu vertrauen.

Junge Menschen werden weiterhin zu wenig wirksam an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Dabei sind sie von den Entscheidungen am längsten und stärksten betroffen. Zum Ausbau demokratischer Beteiligung und der Berücksichtigung der Interessen junger Menschen fordern wir folgende Maßnahmen:

- **Jugendverbände und Jugendringe** vertreten, gesetzlich verbrieft, die Interessen und Anliegen junger Menschen und bringen diese zum Ausdruck⁶. Ihren Vertreter*innen ist der **Zugang zu allen politischen Entscheidungsprozessen** zu ermöglichen, die junge Menschen betreffen.
- **Wirksame demokratische Beteiligung junger Menschen** auf Bundesebene wird **durch Jugendverbände** auf Bundesebene oder dem Bundesjugendring **koordiniert**. Nur so kann das Empowerment der Beteiligten und die fachliche Beratung der Ministerien gewährleistet werden.
- **Wirksame demokratische Jugendbeteiligung** muss sich an den **Qualitätsstandards⁷ für Kinder- und Jugendbeteiligung** ausrichten.
- **Wirksame Beteiligung** fängt beim Wahlrecht an. **Alle jungen Menschen müssen wählen und sich zur Wahl stellen dürfen⁸**. Der Schritt zur Senkung der Altersgrenze des aktiven Wahlrechts zur Europawahl 2024 ist der erste Schritt. Wir fordern **„Wahlalter 16“** als nächste Etappe auch zur **Bundestagswahl 2025**.
- Die demokratischen Rechte von Kindern und Jugendlichen müssen gestärkt werden. Ihre Rechte sind **umfassend im Grundgesetz zu verankern⁹**.
- Der **Jugendcheck** ist als Instrument zur Abschätzung der Auswirkungen von Gesetzen, **verbindlich im Gesetzgebungsverfahren zu verankern¹⁰**.

- **Lebens- und Lernorte junger Menschen** wie Schulen, Berufsschulen und Hochschulen **müssen demokratischere Orte** werden. Nur so können die Interessen von Kindern und Jugendlichen dort von ihnen als Expert*innen in eigener Sache, angemessen vertreten werden. Nur so haben alle jungen Menschen die Möglichkeit sich dort mit Demokratie auseinanderzusetzen, wo sie die meiste Lebenszeit verbringen. Gleichzeitig muss allen jungen Menschen der Zugang zur außerschulischen Jugendbildung, wie sie in Jugendverbänden stattfindet, ermöglicht werden. Hier können sie ihre eigene demokratische Persönlichkeit entwickeln.

Demokratiefeinde bekämpfen:

Die bis jetzt genannten Maßnahmen sind wesentlich, um die Demokratie in der Bundesrepublik zu stärken und den erstarkenden Rechtsextremismus an der Wurzel zu bekämpfen. Gleichzeitig zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre klar: Wir müssen unsere Demokratie auch verteidigen, indem wir sie besser gegen ihre Feinde schützen.

- Die AfD tritt offen rechtsextrem und völkisch nationalistisch auf. Es gibt unzählige Hinweise darauf, dass die Partei und ihre Anhänger den Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung verlassen haben und ihre Vorhaben darauf ausgehen, diese zu beseitigen. Wir fordern daher die Bundesregierung, den Bundestag, sowie den Bundesrat dazu auf, beim **Bundesverfassungsgericht das Verbot der AfD** gem. Art. 21 Abs. 2 GG zu beantragen.
- Der Rechtsstaat muss gegen eine mögliche "Machtübernahme" abgesichert werden. Dazu gehört, das **Bundesverfassungsgericht besser** gegen eine aktuell mit einfacher Mehrheit des Bundestags mögliche parteipolitische Instrumentalisierung zu schützen. Ebenso braucht es politische Initiativen in den Landesparlamenten, um die rechtsstaatliche Resilienz der Bundesländer zu stärken - vom Schutz der Landesverfassungsgerichte bis zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Landeszentralen für politische Bildung¹¹.
- Immer mehr (partei-)politisch Engagierte, Parteimitglieder und Mandatsträger*innen werden mit Anfeindungen und Angriffen konfrontiert. Bei der steigenden Zahl von Hass, Bedrohungen und Straftaten gegen politisch aktive Menschen handelt es sich nicht um isolierte Einzelfälle, sondern um ein weit verbreitetes Problem in ganz Deutschland. Diese Attacken bedrohen das gesellschaftliche Zusammenleben und stellen eine Gefahr für

die Demokratie dar. Alle **Engagierten müssen besser geschützt werden**, egal ob ehrenamtlich engagiert oder hauptamtlich mandatstragend.

- Rechtsextremistische Straftaten sind unverändert auf einem hohen Niveau; die Dunkelziffer ist deutlich höher¹². Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer oder anderen Formen vorurteilsmotivierter Gewalt und ihre Angehörigen brauchen Anlaufstellen, um in einem sicheren Raum über das Erlebte zu sprechen, die Folgen eines Angriffs zu bewältigen und sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen. Dafür braucht es **angemessene finanzielle Mittel, um spezialisierte und unabhängige Beratungsprojekte allen Betroffenen zugänglich zu machen.**

Um unsere Demokratie angesichts der massiven Angriffe umfassend zu schützen, dürfen die Maßnahmen nicht nur an der Oberfläche kratzen, sondern müssen umfassend, von ihrer Wurzel her angepackt werden. Denn: Ohne Demokratie ist alles nichts.

Fußnoten:

[1] https://www.naturfreundejugend.de/materialien/rubrik/-/show/342/zukunft_wird_von_uns_gemacht/

[2] <https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/D/demokratie-245374>

[3] BMFSFJ. (2019). Freiwilligensurvey. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/zahlen-daten-fakten-zur-entwicklung-des-freiwilligen-engagements-in-deutschland--176840>. Abgerufen am 5. Mai 2024, von <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/zahlen-daten-fakten-zur-entwicklung-des-freiwilligen-engagements-in-deutschland--176840>

[4] <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/119820/b06feba2db2c77e0bff4a24662b20c70/freiwilliges-engagement-junger-menschen-data.pdf>

[5] Siehe Antrag (Beschluss) zur Fiskalpolitik

[6] §12 SGB VIII, <https://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbviii/12.html>

[7] <https://standards.jugendbeteiligung.de/>

[8] Ist bereits Position der Naturfreundejugend, siehe: „Wahlalter senken, Demokratie stärken – für eine Wahlrechtsreform JETZT!“ https://www.naturfreundejugend.de/materialien/rubrik/-/show/320/wahlalter_senken_demokratie_staerken_fuer_eine_wahlrechtsreform_jetzt/

[9] Ist bereits Position der Naturfreundejugend, siehe: „Aktives Wahlrecht für alle Kinder und Jugendlichen“ <https://www.naturfreundejugend.de/materialien/lesecke/-/SGyOvewozgKkLOja>

[10] Ist bereits Position der Naturfreundejugend, siehe: „Zukunft wird von uns gemacht“ https://www.naturfreundejugend.de/materialien/rubrik/-/show/342/zukunft_wird_von_uns_gemacht/

[11] https://verfassungsblog.de/wp-content/uploads/2024/04/240417_Verfassungsblog-PolicyPaper.pdf

[12] <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/>